

18. Juli 2014 09:15 Skandal um teuren Bischofssitz Bistum Limburg will Vermögen offenlegen

Mehr als 30 Millionen Euro kostete der Neubau des Limburger Bischofssitzes - ein Skandal, den Bischof Tebartz-van Elst mit seiner Abberufung bezahlte. Jetzt reagiert das Bistum mit der umfassenden Offenlegung seines Vermögens und geht damit nach Expertenmeinung vollkommen neue Wege.

- Das Bistum Limburg will umfassenden Einblick in seine Finanzen gewähren.
- Die Initiative zu mehr Transparenz ist eine Reaktion auf den Skandal um den Neubau des Limburger Bischofssitzes, der Dutzende Millionen Euro gekostet hatte.

Offenlegung von Vermögen und Verpflichtungen

Nach dem Skandal um die Ausgaben für den neuen Bischofssitz will das Bistum Limburg an diesem Freitag sein Vermögen offenlegen. Veröffentlicht werden sollen die Daten von Bistum, Domkapitel, Bischöflichem Stuhl und einer Stiftung. Damit wird umgesetzt, was der Limburger Finanzdezernent bereits Ende Dezember angekündigt hatte: "Wir wollen das Vermögen aber auch die Verpflichtungen vollständig transparent machen."

Das Bistum beschreitet damit nach Expertenansicht neue Wege. "Das hat noch keine Landeskirche und kein Bistum gemacht", kommentierte der Kirchenrechtler Thomas Schüller den Schritt.

Sehnsucht nach Transparenz

Nach Transparenz sehnen sich vor allem die Gläubigen im Bistum, denn Stillschweigen war eine Begleiterscheinung der Affäre um den mittlerweile vom Domberg abberufenen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst. Im Zentrum des Skandals: Die neue Residenz, die schon zu Beginn der Planungen umstritten war. Im vergangenen Oktober wurde bekannt, dass der Bau mehr als 30 Millionen Euro verschlang - auch weil der Bischof kostentreibende Details anregte, wie etwa die Neugestaltung eines Garten oder spezielle Lichtschalter.

Untersuchungen einer Expertenkommission zufolge umging Tebartz-van Elst auch kirchliche Vorschriften und setzte Kontrollgremien außer Kraft, um seine Wünsche umzusetzen. Zudem wurden Beteiligte zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Experten sahen aber auch schwere Fehler und Versäumnisse beim Domkapitel sowie dem Vermögensverwaltungsrat.



Staatsanwaltschaft Limburg Untreue-Ermittlungen gegen Tebartz-van Elst eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Limburg stellt zwar "etliche Verstöße gegen innerkirchliches Recht" fest, legt den Fall Tebartz-van Elst aber dennoch zu den Akten. Denn für Fälle dieser Art sei allein die Kirche zuständig.

Schritt in die richtige Richtung

Mehrere Diözesen haben in den vergangenen Monaten bereits Vermögenswerte veröffentlicht. Die Deutsche Bischofskonferenz kündigte im März an, sich für mehr Transparenz bei den Kirchenfinanzen einsetzen zu wollen. Die Bistümer haben im Reflex auf die Krise in Limburg übersichtsartig ihre Finanzen dargelegt, dabei seien jedoch meist nur Teilaspekte offengelegt worden, sagte Kirchenrechtler Schüller. Das Vorhaben der Limburger sei deutlich umfassender - und damit der richtige Schritt.